

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 98 (2018)
Heft: 1062

Artikel: Pseudodebatten für die Galerie
Autor: Keller-Inhelder, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-816211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pseudodebatten für die Galerie

Redner, die ins Leere reden. Über Entscheidungen, die bereits gefällt sind, aber ohne ausreichende Vorbereitung. Zeit, den Nationalratsbetrieb zu reformieren.

von Barbara Keller-Inhelder

Seit Dezember 2015 bin ich Mitglied des Nationalrats, nach sechzehn Jahren Tätigkeit im St. Galler Kantonsparlament. Dem einschlägigen Ruf und der Reputation der grossen Kammer zum Trotz überraschte es mich, wie oft im Nationalratssaal Tumult herrscht, wie laut es werden kann und wie offensichtlich unerheblich die laufenden Debatten dort tatsächlich sind. Die Nationalräte ziehen während den Voten durch die Reihen und diskutieren Fragen, die nichts mit dem zu tun haben, was gerade besprochen wird. Sie lesen Zeitungen, was immerhin oft mit der parlamentarischen Arbeit zu tun hat, wenn auch nicht mit der laufenden Debatte. Sie sammeln Unterschriften für ihre zahlreichen Vorstösse¹. Sie werben für die Teilnahme an den Veranstaltungen der unzähligen parlamentarischen Interessengruppen. Man bespricht aber auch Klatsch und Tratsch oder Sportresultate, während gerade ein Bundesrat spricht. Oder ein Redner spricht direkt zu einer Bundesrätin, die jedoch gerade in ein anderes Gespräch mit einem Nationalrat vertieft ist und die Ansprache gar nicht bemerkt. Der amtierende Nationalratspräsident, Dominique de Buman, mahnte schon unzählige Male zur Ruhe, liess im Saal sogar ein Dezibelmessgerät platzieren. Manchmal unterbricht er im Tumult sein eigenes Votum und wartet, bis Ruhe einkehrt. Es dauert dann einige Zeit, bis das überhaupt jemand bemerkt.²

Ebenso oft herrscht das andere Extrem: Stille. Weil der Saal nämlich auch während einer «lebhaften Debatte», wie es danach in den Medien heisst, praktisch leer ist. Womit die Parlamentarier dann beschäftigt sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Von einigen weiss ich, dass sie arbeiten und sich auch mit Parlamentsarbeit beschäftigen. Andere geben Interviews, halten Sitzungen ab oder sind sonst unterwegs. Ich kann diese Vorgänge im Nationalratssaal glaubhaft bezeugen. Weil ich versuche, möglichst immer anwesend zu sein, wenn jemand spricht. Es widerstrebt mir, dem Auftrag, der mir durch meine Wähler gegeben wurde, durch Abwesenheit nicht zu entsprechen. Und in den vielen Voten gibt es auch immer wieder etwas zum Mitnehmen und Lernen, auch von Rednern aus anderen Fraktionen. Einige sind hervorragend, inhaltlich versiert und überzeugend. Bei ihnen finde ich es besonders bedauerlich, wenn niemand zuhört. Und noch viel be-

dauerlicher ist es, dass diese wichtigen Inhalte nicht mehr in die Entscheidungsfindung einfließen können.

Warum niemand zuhört

Das zur Schau gestellte Desinteresse hat einen Grund: alle Voten, die während der Nationalratssession gehalten werden, dienen weder der Meinungsbildung noch ändern sie etwas an den Entscheiden. Denn: sie sind zu diesem Zeitpunkt bereits gefällt. Jeden Tag, morgens um 8 Uhr, liegen bei allen Nationalräten die Protokollauszüge der eigenen Fraktion mit den zuvor im Rahmen der Fraktionssitzungen gefällten Entscheidungen auf dem Tisch. Es steht also bereits seit einiger Zeit fest, wie am betreffenden Sessionstag gestimmt wird. Auch wer von der Fraktionshaltung abweicht, weiss das in aller Regel schon vorher.

Die Ironie dabei: Je öfter der meist belanglose Weg ans Mikrofon des Ratsaals, desto besser das Parlamentarier-Rating, wie es etwa von der «Sonntags-Zeitung» ermittelt wird. Nicht bewertet wird dort die Qualität der Arbeit in Kommissionen und Komitees, von Referaten oder an Podien. Parlamentarier arbeiten regelmässig auch bis spät abends und am Wochenende.

Die Möglichkeit des «spontanen» Einbringens einer Zwischenfrage³ trägt zum Schaukampf wesentlich bei. Sie dient nämlich in der Regel nicht der Klärung von offenen Fragen, sondern oft eher der eigenen theatralisch-aggressiv-angriffigen Inszenierung. Als Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher beispielsweise am 16. März 2016 zum ersten Mal das Wort ergriff, strömten die Zwischenfragesteller der linken Seite nach vorne und reihten sich demonstrativ vor dem Rednerpult auf. Ihre Fragen dienten dabei weniger der Klärung offener Punkte zur Unternehmenssteuerreform III als einem Schaukampf. Man hoffte wohl darauf, die prominente Nationalrätin aus dem Konzept zu bringen, um das anschliessend für lange Zeit zelebrieren zu können. Die Befragte antwortete allerdings derart schlagfertig, dass sich die Kritiker nach drei Runden zurückzogen.⁴

Ungenügende Entscheidungsgrundlagen

Dass Entscheidungen vorab gefällt werden, in den Kommissionen und Fraktionen, macht durchaus auch Sinn. Die Grundlagen



«Wir brauchen
breit abgestützte Lösungen,
keine Inszenierungen.»

Barbara Keller-Inhelder

Barbara Keller-Inhelder, fotografiert von Christian Funke.

aber, auf denen Entscheidungen über Vorlagen von enormer Tragweite gefällt werden, sind oft unzureichend, auch der Entscheidungsfindungsprozess ist stark verbesserungswürdig. Es läuft so: Eine Vorlage wird zunächst von einer Gruppe Parlamentarier in ihrer jeweiligen Kommission behandelt. Je nachdem packen sie ihre Aufgabe besser oder schlechter vorbereitet an, meistens beschränkt von einem limitierten Zeitplan. Bereits dort wird nicht immer ergebnisoffen diskutiert, denn viele kommen mit vorgefassten Meinungen und lassen sich auch mit guten Argumenten kaum davon abbringen. Das Resultat der Diskussion, also der Entscheid der Kommissionssitzung, wird danach in der jeweiligen Fraktion besprochen. Es wird ein Fraktionsentscheid gefällt und protokolliert. Erst *danach* wird darüber im Nationalrat gesprochen. Die Kommissions- und Fraktionsentscheide lie-

gen zum Zeitpunkt der «Debatte» im Nationalrat bereits vor. Nahezu jeder Nationalrat weiß zu diesem Zeitpunkt, ob er mit der Fraktion stimmen wird (Normalfall) oder ob er sich gegen den Fraktionsentscheid wenden wird (Ausnahmefall). Bei sogenannten «strategischen Geschäften» ist die Vorgabe der Fraktion sowieso nicht zu umgehen.

Während der Herbstsession 2017 wollten 69 (!) der 200 Nationalräte ein Votum zur Volksinitiative «No Billag» halten. Zu Beginn des Traktandums war das übliche Verhaltensmuster bei der Behandlung von Initiativen zu beobachten: Der Blick der Nationalräte auf die Rednerliste, die Kalkulation – 69 mal fünf Minuten –, dann der Blick auf die Uhr und die Einschätzung der Abstimmungszeit, schliesslich der Abgang aus dem Saal. Fast sechs Stunden Voten – Zeit zur freien Verfügung!

Reformbemühungen

Im Mai 2017 war ich zusammen mit Cédric Wermuth (SP) an ein Podiumsgespräch zum Thema «Populismus» in St. Gallen eingeladen – auf dem Weg zum Bahnhof im Auto diskutierten wir konstruktiv über diese Fragen. Er stimmte meinen Kritikpunkten zu und reichte am 16. Juni 2017 das Postulat «Vom Simulations- zum Debattenparlament»⁵ ein. In seiner Begründung fasst er zusammen: «Viele organisierte «Debatten» im Nationalrat sind heute keine eigentlichen Debatten, sondern Simulationen davon.» Und: «Sehr oft werden dabei schlicht schriftlich vorbereitete Statements abgelesen.» Darunter auch völlig deckungsgleiche Passagen, so wie das zwei SP-Nationalrättinnen 2015 bewiesen haben.⁶

Es freut mich, dass Cédric Wermuth das Thema aufgegriffen hat. Seine Zielsetzung ist aber nicht die meine: Er möchte, dass während der Session auch zu den Themen gesprochen werden kann, bei denen die Redefreiheit heute eingeschränkt ist: in den Kategorien IIIa (Fraktionsdebatte), IIIb (verkürzte Fraktionsdebatte) und IV (Kurzdebatte).⁷ Auch möchte er, dass noch mehr Zwischenfragen gestellt werden können und jeweils eine Stellungnahme oder Replik möglich ist. All das ändert aber nichts am Kernproblem, nämlich dass die Entscheidungen bereits gefällt wurden und die Voten, und auch sämtliche Fragen und Antworten, absolut nichts mehr bewirken.

Dass es Handlungsbedarf gibt, ist unbestritten. Ich erlaube mir, folgende Reformen vorzuschlagen:

- Ein grosser Teil der Gesprächsenergie sollte bereits im Vorfeld der Entscheidungsfindung zum Ausdruck kommen, nicht erst, wenn die Entscheide schon gefällt sind. Das könnte bedeuten: Debatte zum Thema in der laufenden Session, Entscheide respektive Abstimmungen dazu in der nächsten. Wichtige, aber umstrittene Geschäfte könnten nach der ersten, echten Debatte nochmals mit genügend Zeit in den Kommissionen traktandiert und nachbearbeitet werden.
- Fragen zum Inhalt könnten schriftlich gestellt und schriftlich beantwortet werden. Die Abschaffung des gehässigen Schau-

«Das zur Schau gestellte Desinteresse hat einen Grund: alle Voten, die während der Nationalratssession gehalten werden, dienen weder der Meinungsbildung noch ändern sie etwas an den Entscheiden. Denn: sie sind zu diesem Zeitpunkt bereits gefällt.»

Barbara Keller-Inhelder

kampfs mittels Zwischenfragen würde Animositäten reduzieren, das Arbeitsklima verbessern und damit die Chancen einer gemeinsamen Lösungsfindung erhöhen.

- Die wichtigsten Vorlagen, wie beispielsweise die Zukunft der AHV, sollte man in Klausuren und in Workshops fraktionsübergreifend so lange diskutieren, bis alle Seiten einigermassen damit leben können. Die Vorlagen wären dann qualitativ besser und hätten auch vor dem Volk grössere Chancen. Die Zahl der Referenden würde sinken.
- Wichtige Vorlagen sollen nicht ein Traktandum unter zahlreichen anderen in der zuständigen Kommission sein, sondern ein eigenes, ausgedehnteres Gefäss erhalten. Im St. Galler Kantonsrat haben wir für jede Vorlage eine eigene «vorberatende Kommission» – die Kantonsräte werden von den Fraktionsvorständen nach Eignung ausgewählt. Die Kommissionsmitglieder konzentrieren sich nur auf diese Vorlage.

Mein Anliegen ist es, dass die Gesprächsenergie im Vorfeld und zum Zwecke der Entscheidungsfindung eingesetzt wird. Der Leerlauf der heutigen Parlamentsdebatte muss erkannt und nach Möglichkeit reduziert werden. Und schliesslich sollte sich das Profil eines Parlamentariers anhand des substanziellen inhaltlichen Beitrags in der Kommissionsarbeit und im Entscheidungsfindungsprozess definieren – und nicht entlang medial interessanter, aber bedeutungsloser Inszenierungen.

Dass die heutige Form der Debatte im Parlament akzeptiert wird, irritiert mich. Dass wir in unserem Land auf die jetzige Weise legiferieren, ist für mich ungenügend. Wir können das besser. Wir brauchen breit abgestützte Lösungen, keine Inszenierungen. ↪

¹ Die Anzahl der Interpellationen hat sich von 1994 bis 2014 verdreifacht und die Zahl der Motiven verdoppelt, auch andere parlamentarische Vorstösse werden vermehrt gebraucht, bei bescheidenem Erfolg. Mehr dazu bei Jonas Brüschweiler und Adrian Vatter: Viele Vorstösse, wenig Wirkung? Nutzung und Erfolg parlamentarischer Instrumente in der Bundesversammlung. In: Das Parlament in der Schweiz. Macht und Ohnmacht der Volksvertretung. Hrsg. von Adrian Vatter. Zürich: NZZ Libro, 2018. Web: www.defacto.expert/2018/10/01/viele-vorstoesse-wenig-wirkung/

² Beispielsweise in der Debatte zum Gleichstellungsgesetz (17.047), nach dem Eintreten, vor der Detailberatung.

³ Geschäftsreglement des Nationalrates (GRN), Art. 42 Zwischenfrage.

⁴ www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=36959#votum43.

⁵ www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173526

⁶ Evi Allemann und Edith Graf-Litscher. In: Giacobo / Müller vom 10.5.2015.

Web: www.srf.ch

⁷ Geschäftsreglement des Nationalrates (GRN), Art. 46 Beratungsformen.

Barbara Keller-Inhelder

ist Geschäftsführerin der Omnia Consulting GmbH in Rapperswil-Jona. 2015 wurde sie für die SVP in den Nationalrat gewählt. Zuvor war sie während 16 Jahren St. Galler Kantonsrätin.

Zahl des Monats



Prozent aller handelshemmenden Massnahmen seit 2008 waren nichttarifärer Natur. Obwohl Zölle die Nachrichten dominieren, waren sie in den letzten Jahren nicht das hauptsächliche protektionistische Mittel.

Seit November 2008 kategorisiert die vom Centre for Economic Policy Research ins Leben gerufene und an der Universität St. Gallen beheimatete Initiative «Global Trade Alert» Massnahmen von Regierungen als handelsliberalisierend oder handelsschädlich. Dabei werden alle Massnahmen berücksichtigt, die ausländische gegenüber inländischen Anbietern von Waren potentiell diskriminieren – Zölle also ebenso wie nichttarifäre Instrumente, etwa Subventionen, Quoten oder Regeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Es zeigt sich: nur 23 Prozent der seit Ende 2008 erfassten Massnahmen hatten Zölle zum Gegenstand. Fälle von diskriminierenden Subventionen waren mit 31 Prozent häufiger zu verzeichnen, man denke an die Bail-outs für Automobilunternehmen in den USA oder Banken in der EU. Ausserdem zeigt sich, dass Protektionismus nicht erst seit der Wahl Donald Trumps und den folgenden Zollstreitigkeiten zwischen den USA, der EU und China wieder Konjunktur hat: Die Anzahl neuer protektionistischer Massnahmen weltweit stieg von unter 300 im Jahr 2009 schon 2015 auf über 600. Der weitere Anstieg auf bisher fast 900 neue Massnahmen im laufenden Jahr (!) passt zum Trend. Seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 reagieren Regierungen weltweit wieder verstärkt mit dem Schutz einheimischer Unternehmen – häufig aber «durch die Hintertür». Zölle sind leicht zu erkennen und zu beseitigen, angesichts des weltweit bereits niedrigen durchschnittlichen Zollniveaus im einstelligen Bereich ist die künftige Hauptherausforderung der Handelsliberalisierung der Abbau nichttarifärer Hemmnisse. Dass sie gewöhnlich gut getarnt und widerstandsfähig sind, macht die Sache zu einer Mammutaufgabe.

Alexander Fink ist Ökonom und arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.